

um Kees van der Pijl), der Hegemonie-theorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, und dem Ansatz des Critical Realism. In einem darauf folgenden Kapitel werden die gewonnenen Erkenntnisse nochmals rekapituliert, übergreifend miteinander in Beziehung gesetzt und abschließend hinsichtlich ihrer verschiedenen Stärken und Schwächen zusammengeführt.

In dem das Buch beschließenden Abschnitt liefert der Autor nützliche, mit kurzen Kommentaren versehene Literaturempfehlungen für weiterführende, spezifische Aspekte des Themas vertiefende Lektüre, aber auch für über den Inhalt des Buches hinausgehende beziehungsweise hier nicht dargestellte Zusammenhänge. Abgedeckt sind hierbei die Biographie Gramscis sowie theoretische Einführungen in sein Gesamtwerk, Literatur zur Hegemonie- und Diskurstheorie und deren spezielle Anwendung, und jeweils Lesetipps für neogramscianische IPÖ und Critical Realism. Auch die überaus wichtigen Zusammenhänge von Hegemonie und Geschlechterverhältnissen sowie Rassismus und Postkolonialismus werden berücksichtigt (197-201).

Das Buch ist als ein wichtiger Referenzpunkt für die Beschäftigung mit der Thematik Hegemonie zu bewerten, der für Neulinge ebenso wie für bereits in das Thema eingetauchte ein gelungener, rahmgebender Überblick ist und sprachlich in verständlicher Weise geschrieben wurde. Die zentralen Facetten des Hegemonie-Begriffs werden in überschaubarer und gut zugänglicher Art und Weise gebündelt. Das Buch zeichnet sich durch eine systematische, gut nachvollziehende Herangehensweise bei der Betrachtung der unterschiedlichen Dimensionen von Hegemonie aus. Das umfangreiche

Literaturverzeichnis ist ein wahrer Pool für Anknüpfungspunkte und bietet die Möglichkeit, sich in die verschiedensten Richtungen weiter mit dem Thema zu beschäftigen. Kritisch anzumerken ist in diesem Zusammenhang allerdings, dass längst nicht alle im Text in amerikanischer Manier zitierten Publikationen wieder im Literaturverzeichnis auftauchen, was angesichts der ansonsten tadellosen Qualität ärgerlich ist und in einer hoffentlich bald schon realisierten zweiten Auflage unbedingt zu verbessern ist.

Sebastian Klauke

Zivi, Karen. *Making Rights Claims. A Practice of Democratic Citizenship*. Oxford, New York. Oxford University Press 2012. 158 Seiten. 15,99 £.

Das Verhältnis von Rechten und Demokratie wird oft als spannungreich gesehen. Im politiktheoretischen Diskurs ist insbesondere umstritten, inwiefern Rechte und Demokratie einander voraussetzen oder sich gar widersprechen. Einerseits wird argumentiert, die zentrale Idee der Demokratie, dass alle Bürger an der Gestaltung ihrer Gesellschaft teilhaben können müssen, sei auf die Garantie von bestimmten Rechten angewiesen. Andererseits wird jedoch befürchtet, dass Rechte der demokratischen Selbstbestimmung zu restriktive Grenzen auferlegen können. *Karen Zivi* attestiert der bisherigen Debatte eine unzureichende Beschäftigung mit dem Prozess des „making rights claims“ selbst. Sie stellt diesen Aspekt deshalb in den Fokus ihrer Untersuchung, in der sie analysiert, was es bedeutet, auf Rechte bezogene politische Forderungen als performative Sprechakte zu verstehen. *Zivi* argu-

mentiert, dass sich in diesen Sprechakten das demokratische Prinzip realisieren. Politische Akteure, die Rechte geltend machen, beziehen sich zwar auf etablierte Normen, gehen jedoch gleichzeitig auch über diese hinaus, indem sie eine Veränderung des Status Quo einfordern und so an der Gestaltung ihrer sozialen Welt partizipieren. *Zivi* plädiert somit für ein Aufweichen des vermeintlichen Gegensatzes von Rechten und Demokratie zugunsten einer engeren Verzahnung beider Konzepte.

Das Buch besteht aus zwei Teilen. Im ersten verortet *Zivi* ihre Position in der Tradition Austinscher Sprechakttheorie. Darauf aufbauend erläutert sie die Probleme eines „rights-as-trumps“-Verständnisses, der Idee, dass Rechte aufgrund ihrer „special importance“ (28) andere Argumente ausstechen und die Grenzen demokratischer Entscheidungen definieren. Ihr zentrales Argument ist hierbei folgendes: Geht man von der sprechakttheoretischen Idee aus, dass das Soziale durch Sprache geformt wird, erscheinen Regeln und Konventionen als Produkte sprachlicher Interaktion und nicht als statische, unabhängig von sozialen Prozessen existierende Konzepte. Auch Rechte seien somit ein „dynamic set of ideas, norms, and practices“ (11), an dessen Gestaltung politische Akteure teilhaben, wenn sie Forderungen unter Bezug auf Rechte artikulieren. Diesen performativen Charakter des Rechteeinforderns sieht die Autorin in Theorien vernachlässigt, die Rechte als „Trümpfe“ verstehen; und zu diesen zählt sie weitaus mehr Theorien als nur die liberalen Dworkinscher Tradition. Schließlich greift *Zivi* auf die Theorien Hannah Arendts und John Stuart Mills zurück, um ihr Plädoyer für ein Ver-

ständnis von Rechten als performativen Sprechakten politiktheoretisch zu verorten. Arendt erkenne die performative Kraft des Politischen in der von Konflikt geprägten Kommunikation unter einer Pluralität an Perspektiven; für Mill bestehe die Funktion von Rechten – entgegen anderslautender Interpretationen – nicht darin, Individuen vor sozialen Kräften zu schützen, sondern vielmehr darin, sie zu kritischem Urteilen zu befähigen und so die fortlaufende Auseinandersetzung über soziale Ziele zu befördern. Beide Perspektiven stützten *Zivis* zentrale These: Rechte liegen nicht außerhalb, sondern sind Teil des Politischen und unterliegen somit selbst der Kontingenz, die dem Politischen innewohnt.

Im zweiten Teil wendet *Zivi* sich der politischen Praxis zu und rekonstruiert jüngere Debatten über die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe in den USA sowie Maßnahmen zur Prävention von HIV-Infektionen in den USA und Südafrika. Sie illustriert, wie die beteiligten Akteure in ihren Forderungen jeweils auf unterschiedliche Rechte und Rechtsträger Bezug nehmen und im Zuge des Eintretens für oder gegen bestimmte Regulierungsmaßnahmen gleichermaßen ihr demokratisches Recht auf politische Selbstbestimmung geltend machen. Die Autorin plausibilisiert so die Idee, dass Rechtsansprüche in der politischen Praxis nicht „trumpfen“, sondern an partikuläre Perspektiven gebundene und somit streitbare Interpretationen sozialer Normen darstellen, für deren Durchsetzung es der Überzeugung weiterer Akteure bedarf.

Es ist der ausgeprägte Fokus auf die Rückbindung der theoretischen Diskussion an reale politische Prozesse, der dieses Buch zu einem interessanten Bei-

trag für den weiteren demokratietheoretischen Diskurs macht. *Zivi* legt eine Analyse des politischen Charakters von Rechten vor, die der Praxis insofern einen hohen Stellenwert beimisst, als sie diese als zentralen Prüfstein für die Erklärungskraft politischer Theorien heranzieht. Denn während *Zivi* eine Rechtfertigung der sprechakttheoretischen Perspektive im ersten Teil schuldig bleibt, scheint die Auseinandersetzung mit den Debatten über gleichgeschlechtliche Ehe und HIV-Prävention diese Rechtfertigung nachzuliefern: Die Sprechakttheorie eröffnet ein Rechte-Verständnis, dessen Plausibilität vor allem daher rührt, dass es mit den beobachtbaren Abläufen realer Politik kompatibel ist. Das Buch zeichnet sich somit nicht nur dadurch aus, dass es eine Perspektive auf die Beziehung von Rechten und Demokratie erarbeitet, die sich von klassischen Ansätzen unterscheidet und dabei eine Sondierung der relevanten Theorienlandschaft vornimmt, die in Teilen über etablierte Lesarten hinausgeht. Es besticht auch besonders durch eine enge Verzahnung von Theorie und Praxis. Unbehandelt bleibt hingegen die Frage nach der Normativität. Hinter den von *Zivi* kritisierten Theorien steht schließlich der Gedanke, dass Demokratie mit bestimmten normativen Ideen verbunden sein und nicht jede Mehrheitsentscheidung, gleich welchen Inhalts, als legitim gelten sollte. Die Frage, inwiefern ein Verständnis von Rechten als „always unfinished projects“ (115) Konsequenzen für einen solchen normativen Anspruch an Demokratie hat, wird von der Autorin leider nicht thematisiert. Darüber hinaus wünscht man sich bisweilen eine detailliertere Behandlung der für die Argumentation zentralen Theorien. Vor allem die kriti-

sierten „rights-as-trumps“-Ansätze werden zum Teil nur cursorisch dargestellt, was es den mit diesen Theorien nicht vertrauten Lesern erschweren kann, die Argumentationsschritte nachzuvollziehen. Unabhängig davon, dass eine weiter- und tiefergehende Diskussion in den genannten Punkten wünschenswert gewesen wäre, bietet „Making Rights Claims“ zweifelsohne wichtige Anregungen für die kritische Diskussion über das Verhältnis von liberalen Rechten und Demokratie.

*Manon Westphal*

### Politisches System Deutschland

Botsch, Gideon. *Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland. 1949 bis heute*. Darmstadt. Wissenschaftliche Buchgesellschaft (WBG) 2012. 158 Seiten. 14,90 €.

Am Ende dieser ausgezeichneten Darstellung zur nationalen Opposition in Deutschland steht ein nüchterner Befund: „Die extreme Rechte hat es nicht verstanden, in der bundesdeutschen Demokratie anzukommen – sie hat keinen adäquaten Umgang mit den Formen gefunden, in denen sich politische Auseinandersetzungen in pluralen Gesellschaften und in parlamentarischen Demokratien abspielen.“ (139) Dass aber die extreme Rechte trotz ihrer nur partiellen Erfolge schon alleine aufgrund der offen gewalttätigen Fraktionen dennoch eine große Herausforderung für die bundesrepublikanische Gesellschaft ist, daran lässt der am Postdamer Moses-Mendelssohn-Zentrum tätige Politologe *Gideon Botsch* keinen Zweifel. Auch für die Entwicklung und Konstituierung der Demokratie in der Bundesrepublik ist dieses politische Lager von